

# Claassen verklagt Ex-Arbeitgeber EnBW

Früherer Vorstandschef besteht auf Pensionszahlung von rund 400 000 Euro - Versorger verweigert Zahlung nach Wechsel zu Cerberus

VON MICHAEL GASSMANN, DÜSSELDORF

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende von EnBW, Utz Claassen, hat bei einem Karlsruher Gericht Klage gegen die Einstellung der Pensionszahlungen seines ehemaligen Arbeitgebers eingereicht. Entsprechende FTD-Informationen bestätigte ein EnBW-Sprecher auf Nachfrage. „EnBW hat zum Jahresbeginn 2009 die Zahlung jährlicher Versorgungsbezüge von knapp 400 000 € eingestellt“, sagte der Sprecher. „Hintergrund ist die uns durch die Medien bekannt gewordene Beratungstätigkeit von Herrn Claassen beim Finanzinvestor Cerberus“. In einem neuen Job erzielte Bezüge seien eventuell auf die Pensionszahlung anzurechnen, so EnBW. Claassen war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Nach Stationen unter anderem bei McKinsey, Volkswagen und Sartorius war der Manager mit dem Ruf eines Überfliegers am 1. Mai

2003 bei EnBW als Vorstandschef eingestiegen. Die Höhe sein Gehalts als Chef des viertgrößten deutschen Strom- und Gaskonzerns von rund 4 Mio. € für 20 Monate auf dem Höhepunkt seiner Amtszeit heftige Diskussion im Umfeld des Unternehmens aus. Claassen hatte seine Bezüge

als einer der ersten Manager in Deutschland veröffentlicht, obwohl das Unternehmen damals noch nicht dazu verpflichtet war.

Claassen schied bei EnBW nach gut vier Jahren Tätigkeit im Herbst 2007 aus. Die nun rechtsstrittige Pensionsklausel wurde bereits

Ende vergangenen Jahres in einem Arbeitsgerichtsprozess in Heilbronn bekannt. Beschäftigte des zu EnBW gehörenden Kernkraftwerks Neckarwestheim spielten die Zahlungen an Claassen gegen Kürzungen der eigenen Altersversorgung aus, die der damalige EnBW-Chef im Zuge eines Einsparprogramms namens „Top Fit“ dem Unternehmen verordnet hatte. Ohne die Pensionszahlungen an Claassen wären die Kürzungsnotwendigkeiten deutlich geringer, argumentieren die Mitarbeiter.

EnBW wies die Forderungen im Dezember mit der Begründung ab, dass es zwischen dem Sparprogramm und Claassens Ruhegeld keinen Zusammenhang gebe.

Claassens Amtszeit in Karlsruhe war immer wieder von Rechtsstreitigkeiten begleitet. Nachdem Claassen kurz nach der Amts-

übernahme mit rund 1 Mrd. € Abschreibungen die Bilanz bereinigte, ermittelte die Staatsanwaltschaft zunächst gegen seinen Vorgänger Gerhard Goll und später auch gegen Claassen wegen Bilanzfälschung. Beide Verfahren wurden eingestellt.

Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte 2006 eine Klage der Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen Vorteilsgewährung, nachdem Claassen ein halbes Dutzend Mitglieder der baden-württembergischen Landesregierung und einen Bundespolitiker zu Spielen der Fußball-WM 2006 eingeladen hatte. Das Verfahren zog sich bis zum Herbst 2007 hin. Am Ende wurde der heute 46-Jährige vom Landgericht Karlsruhe freigesprochen.



Klagefreudig  
Utz Claassen